

Herausgegeben von der Cincinnati Volksblatt Compagnie, No. 127 Ost Siebente Straße, nahe der Main Straße.

80. Jahrgang.

Cincinnati, Freitag, den 25. Februar 1916.

Preis 2 Cents.

No. 49.

Die Schlacht bei Verdun noch mit größter Hestigkeit im Gange.

Die Deutschen dringen immer weiter vor und haben wichtige Ortschaften erobert.

Der Kampf um Verdun.

Die Deutschen drängen die Franzosen an der ganzen Front zurück.

Die Dörfer Brabant, Gaumont und Samogneux im Besitz der Deutschen.

Berlin, 24. Februar. Ueber London. Die oberste Heeresleitung berichtet am Donnerstag über weitere Erfolge, welche die Deutschen nördlich von Verdun errungen haben. Es heißt in dem Bericht, daß die ganzen bewaldeten Höhen nordwestlich und nordöstlich von Beaumont und der Wald von Herbe sich im Besitz der Deutschen befinden. Auch wurde die Eroberung der Dörfer Brabant, Gaumont und Samogneux gemeldet. Der letztere Ort liegt eine Meile südlich von Gaumont, dessen Verlust die Franzosen am Mittwoch zugegeben haben, und sechs Meilen nördlich von Verdun. Der offizielle Bericht lautet wie folgt:

Westlicher Kriegsschauplatz: Die Erfolge, die wir östlich von der Maas errungen haben, sind weiter von uns ausgenutzt worden. Die Dörfer Brabant, Gaumont und Samogneux sind erobert worden und die ganze bewaldete Gegend nordwestlich, nördlich und nordöstlich von Beaumont befindet sich in unseren Händen.

Südlich von Metz wurde ein vorgeschobener französischer Posten überfallen und die ganze 50 Mann starke Besatzung gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Am nördlichen Teil der Front haben heftige Artilleriegefechte stattgefunden und an vielen Punkten auch Zusammenstöße zwischen Patrouillen. Ereignisse von Wichtigkeit haben aber nicht stattgefunden.

Der Balkan - Kriegsschauplatz ist nichts von Bedeutung zu melden. Wie die Franzosen die Schlage darstellten.

Paris, 24. Februar. Der am Donnerstag vom französischen Kriegsministerium veröffentlichte Bericht über die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz lautet wie folgt:

Im Artois ist östlich von Souchez ein Kampf mit Handgranaten im Gange. In der nördlich von Verdun gelegenen Gegend wurden die Kämpfe während der ganzen Nacht am rechten Ufer der Maas bis nach Ormes mit der größten Hestigkeit fortgesetzt. Infolge der Hestigkeit des Bombardements, das gegen unsere Positionen bei Brabant an der Maas gerichtet war, haben unsere Truppen diesen Ort während der Nacht unter dem Schutz eines Pflanzenfeuers von unseren am linken Ufer der Maas gelegenen Positionen aufgegeben.

Ein Angriff auf Samogneux wurde zurückgeschlagen. Ein von wenigstens einer Brigade unternommener Angriff auf den Wald von Caures hatte zur Folge, daß der größte Teil des Waldes dem Feinde in die Hände fiel. Wir haben noch das südliche Ende besetzt. Alle Angriffe, die auf Beaumont gemacht wurden, vor welchem Ort sich unsere Positionen befinden, waren nicht im Stande, uns dort zu vertreiben. Östlich von der angegriffenen Front behaupten sich unsere Truppen vor Ormes, wo sie eine südlich von dem Wald von Herbe gelegene Schlacht besetzt haben.

Der Rückzug unserer Truppen aus einigen Abschnitten, der angedeutet wurde, um nutzlose Verluste zu vermeiden, fand in bester Ordnung statt und ohne daß dem Feind, der große Verluste erleidend, langsam vorrückte, möglich gewesen wäre, unsere Linie zu durchbrechen. Das Bombardement wird in der Gegend zwischen den Dörfern Ormes und Fontenay fortgesetzt.

In Lothringen ist es dem Feind gelungen, einen unserer vorgeschobenen Posten im Walde von Chezelat zu besetzen. Östlich von Reillon haben wir mehrere Vorposten zurückgezogen. Ein unserer Fliegergeschwader besetzte in der letzten Nacht den Bahnhof von Sablon, einer Vorstadt von Metz, und einen Gasbehälter mit 45 Bomben, von denen einige von großem Kaliber waren. Ein großes Feuer wurde dort nachher beobachtet.

Paris, 24. Februar. Der Militärattaché des „Temps“ drückt die Ansicht aus, daß die Deutschen an der Front nördlich von Verdun, wo die Kämpfe am heftigsten sind, b. i. an einer acht Meilen langen Linie zwischen Brabant und Ormes, zehn Infanteriestellen für jede drei Fuß Front verwenden. Der Generalstab drückt die Ansicht aus, daß die Operationen nicht notwendigerweise als die Vorbereitungen für eine Belagerung von Verdun anzusehen seien, sondern daß es sich dabei um einen Angriff an einer langen Front handelt, für die Verdun den Stützpunkt bildet. Er sagt ferner, daß die Angriffe sich soweit nach auf die erste Verteidigungslinie beschränken, hinter der sich noch drei weitere strategische Verteidigungslinien befinden, die sorgfältig ausgebaut sind als die erste, weil daran mit Mühe gearbeitet werden konnte, da die Soldaten nicht dem Feuer der Deutschen ausgesetzt waren.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Erklären aber, daß ihre Linie noch nicht durchbrochen sei.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

Die Franzosen geben zu, daß sie sich am linken wie am rechten Flügel ihrer Positionen zurückziehen mußten.

In Lissabon sind 36 deutsche und österreichische Schiffe von der portugiesischen Regierung mit Beschlag belegt worden. — Obwohl die portugiesische Flotte auf ihnen aufgeht wurde, behauptet die Regierung, daß dies keine kriegerische Handlung sei. — Deutschland und Oesterreich kaufen wieder große Getreideworräte in Rumänien. — Die letzte Botenschaft von dem Kapitän des in der Nordsee verunglückten Zeppelins „Q-19“.

Schiffe von der portugiesischen Flotte.

Am Donnerstag veröffentlichte die offizielle Zeitung das Dekret, unter welchem die Schiffe von dem Kommandeur der Marinebrigade beschlagnahmt wurden. Es geht daraus hervor, daß die Beschlagnahme unter einem am 7. Februar vom Parlament angenommenen Gesetz erfolgte. In einem Interview behauptete der Premierminister, daß der Schritt keine kriegerische Handlung bedeute, sondern „im öffentlichen Interesse“ getan worden sei.

Der portugiesische Gesandte in Berlin ist angewiesen worden, der deutschen Regierung den Sinn und die Bedeutung der Beschlagnahme zu erklären und ihr die Versicherung zu geben, daß die Rechte der Eigentümer gewahrt werden würden.

Portugiesische Mannschaften wurden an Bord der Schiffe geschickt.

Ein Boot von dem versenkten Kreuzer Nürnberg

Von den Falklandinseln bis nach der holländischen Küste getrieben.

Ropenhagen, 24. Febr. Wie die Kieler Zeitung berichtet, ist an der holländischen Insel Schoull ein kleines Boot von dem deutschen Kreuzer „Nürnberg“ gestrandet, der am 8. Dezember 1914 in der Schlacht mit einer britischen Flotte bei den Falklandinseln versenkt wurde. Die Zeitung drückt die Ansicht aus, daß das Boot von den Falklandinseln bis nach Nordpatagonien getrieben ist und dann von nordwestlichen Winden allmählich wieder der deutschen Küste zugetrieben wurde.

Angriffe der Russen

In der Nähe von Zarnopol, Galizien, von den Oesterreichern zurückgeschlagen.

Berlin, 24. Februar. Auf drahtlosem Wege nach Saville, N. Y. In einem offiziellen Bericht vom österreichisch-ungarischen Hauptquartier, vom 23. Februar datiert, der während des Tages hier eingetroffen ist, wird angekündigt, daß Angriffe der Russen auf die vorgeschobenen österreichisch-ungarischen Positionen nordwestlich von Zarnopol, Galizien, zurückgeschlagen worden seien.

An der italienischen Front, am Isonzo, finden fortwährend ziemlich heftige Artilleriegefechte statt. Hinter der italienischen Front sind große Feuerabrisse bemerkt worden.

In Albanien haben die Oesterreicher ihre Gegner aus einer vorgeschobenen Position südöstlich von Durazzo vertrieben.

Mauretania kein Hospitalschiff mehr.

Mauretania aus dem Hospitalschiff zu entlassen und seinen Eigentümern wieder zuzustellen, wie Donnerstag Nachmittag im Unterhause gemeldet wurde.

Weitere 100,000 Waggonsladungen Getreide

Von Deutschland und Oesterreich in Rumänien angekauft.

Malland, 24. Februar. Der Burenkorrespondent des „Secolo“ berichtet, daß zwischen dem deutsch-österreichischen Spandat und Rumänien ein zweiter Kontrakt für die Lieferung von 100,000 Waggonsladungen Weizen, Hafer, Gerste und anderen Getreidearten abgeschlossen worden sei und nur noch die Art und Weise der Bezahlung zu arrangieren sei. Die Deutschen und Oesterreicher sollen sich bereit erklärt haben, die Hälfte der Kaufsumme in der Nationalbank von Bukarest zu hinterlegen. Die Ablieferung von 50,000 Waggonsladungen von dem ersten Kontrakt wird einen Monat früher als erwartet erfolgen, weil in diesem Jahre die Donau nicht zugefroren ist.

Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Deutschen und Oesterreicher sich auch bereit erklärt haben, den Getreideüberschuß vom Jahre 1915 anzukaufen, der nach Ablieferung der 100,000 Waggonsladungen und nach dem die Bedürfnisse Rumaniens befriedigt sind, noch übrig bleiben sollte. Auch sollen noch andere Kontrakte abgeschlossen worden sein, darunter einer für den Kauf von Lokomotiven in Deutschland. Ein Spezialkomitee soll eine Liste der Gegenstände aufstellen, die Rumänien benötigt, und die für Weizen, die Deutschland und Oesterreich benötigt, ausgetauscht werden sollen.

Seit Februar 1915 waren widersprechende Berichte über Kontrakte im Umlauf, die zwischen Rumänien, Deutschland und Oesterreich und auch Englands auf der einen und einem Komitee von rumänischen Exporteuren auf der anderen Seite mit Bezug auf die Lieferungen von großen Mengen von Getreide abgeschlossen worden seien. Die einzigen bestimmten Angaben gingen dahin, daß die Engländer 80,000 und die Deutschen 150,000 Waggonsladungen angekauft hätten.

Der Verteidiger von Risch gestorben.

Marselle, 24. Februar. Der berühmte Oberst Joson Eugénodoff ist in einem hiesigen Militärhospital gestorben. Im Jahre 1913 war er der erste, der an der Spitze seines Regiments in Adrianopel einzog.

Während des letzten Krieges verließ er Risch mit 3000 Mann, und er zog sich erst zurück, als seine Truppen bis auf 300 Mann zusammengeschmolzen waren.

Wetterbericht.

Für Ohio: Trübes Wetter am Freitag; wahrscheinlich leichter Schneefall im nördlichen und östlichen Teil. Am Samstag: schneefreies Wetter.

Präsident Wilson beharrt auf seinem Standpunkt in Bezug auf den Unterseekrieg.

In einem an den Senator Stone gerichteten Schreiben erklärt er, immer für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt zu haben.

Die Ver. Staaten aber unter allen Umständen „auf dem Rechte des amerikanischen Bürgers auf die Freiheit des Meeres“ bestehen müßten.

Wenn sie nicht ihre Stellung als unabhängige Nation einbüßen wollten. Das Schreiben in Beantwortung eines Briefes von Senator Stone erfolgt. In welchem dieser andeutet, daß er für eine Kriegspolitik nicht zu haben sei. Im Kongreß hatte während des Tages die Agitation nachgelassen.

Washington, D. C., 24. Febr. Nachdem zwei Tage lang in energischer Weise im Kongreß darüber agitiert worden war, daß eine Warnung an alle Amerikaner erlassen werden solle, von bewaffneten Handelsschiffen kriegsführender Nationen fern zu bleiben, schickte am Abend der Präsident Wilson dem Senator Stone, Vorkämpfer des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten, ein Schreiben zu, in dem er erklärte, daß er zu einer Beschränkung der Rechte amerikanischer Bürger, in irgend einer Weise, seine Zustimmung nicht geben könne. Das Schreiben lautet wie folgt:

24. Februar 1916. Mein lieber Senator! Ich danke Ihnen für Ihr gültiges, fröhliches Schreiben von heute und sehr mich veranlaßt, Ihnen in gleich freier Weise zu antworten.

Sie haben Recht, wenn Sie annehmen, daß ich alles in meiner Macht befindliche thun werde, um zu verhindern, daß die Ver. Staaten in den Krieg hineingezogen werden. Ich glaube, daß sich das Land in dieser Hinsicht keine Sorgen machen wird. Viele Monate lang habe ich dieses Ziel verfolgt und zwar unter Schwierigkeiten, von denen man im Allgemeinen keine Ahnung hat; und so weit ist es mir gelungen. Der Kurs, den die europäischen Centralmächte in der Zukunft mit Bezug auf den Unterseekrieg einschlagen wollen, droht meinen Bemühungen unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu legen. Der Sinn der von den erwähnten Mächten erlassenen Anklündigung steht aber mit den uns vor Kurzem von diesen Mächten gegebenen Versicherungen mit Bezug auf die Behandlung von Handelsschiffen auf hoher See in solchem Widerspruch, daß ich nicht umhin kann, anzunehmen, daß binnen Kurzem Erklärungen abgegeben werden, die die ganze Angelegenheit in einem anderen Lichte erscheinen lassen werden. Wir hatten dieselben keinen Grund, die Aufrichtigkeit der Centralmächte oder ihren Willen, die gegebenen Versicherungen zu halten, in Frage zu ziehen, und ich bin persönlich der Ansicht, daß wir auch in der Zukunft keinen Grund haben werden, daran zu zweifeln.

Auf jeden Fall ist uns aber unsere Pflicht klar vorgezeichnet. Keine Nation, keine Gruppe von Nationen hat während eines Krieges ein Recht, die Prinzipien abzuändern oder unbeachtet zu lassen, auf die sich alle Nationen geeinigt, um die Schreden und Leiden des Krieges zu mildern, und wenn die unbestreitbaren Rechte amerikanischer Bürger durch solche Handlungsweise verletzt werden sollten, dann bin ich der Ansicht, daß kein Zweifel darüber bestehen sollte, was wir dann thun müßten.

Was mich betrifft, so kann ich nicht der Beschränkung der Rechte amerikanischer Bürger in irgend einer Hinsicht zustimmen. Es handelt sich um die Ehre und die Selbstachtung der Nation. Wir wünschen den Frieden und wir werden ihn um jeden Preis aufrecht erhalten, ausgenommen auf Kosten unserer Ehre. Unseren Bürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, daß wir in die

Lage kommen könnten, jemand wegen der Verletzung dieser Rechte zur Verantwortung ziehen zu müssen, würde eine große Demütigung für uns sein. Es würde inhaltlich nichts anderes bedeuten, als daß wir unsere, stillschweigende Zustimmung dazu gäben, daß die Rechte der Menschen überall und von irgend einer Nation nach Belieben verletzt werden können. Es würde bedeuten, daß wir freiwillig auf unsere stolze Position als Befürworter von Recht und Gerechtigkeit, selbst während der Schreden des Krieges, verzichtet hätten. Es würde alles das, was unsere Regierung während dieses schrecklichen Krieges versucht und was sie erreicht hat, bedeutungslos machen.

Es ist hier angebracht, darauf hinzuweisen, daß wenn wir in diesem Fall gestatten würden, des Friedens willen ein Prinzip fallen zu lassen, ohne Zweifel die Thür für weitere Zugeständnisse geöffnet werden würde. Andere Demütigungen würden dann bald folgen und das ganze Gebilde des Völkerrechts würde unter unseren Händen in sich verfallen. Das, für was wir in diesem Falle eintreten, ist die Unantastbarkeit der Dinge, die Amerika zu einer souveränen Nation gemacht hat. Sie kann in diesem Falle nicht nachgeben, ohne ihre eigene Unabhängigkeit als Nation zu beweisen und auf ihre unabhängige Stellung unter den Nationen zu verzichten.

Ich mache diese Äußerungen im tiefsten Ernst, ohne Erregung, mit klarem Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit meines Amtes und als Klündigung steht aber mit den uns vor Kurzem von diesen Mächten gegebenen Versicherungen mit Bezug auf die Behandlung von Handelsschiffen auf hoher See in solchem Widerspruch, daß ich nicht umhin kann, anzunehmen, daß binnen Kurzem Erklärungen abgegeben werden, die die ganze Angelegenheit in einem anderen Lichte erscheinen lassen werden. Wir hatten dieselben keinen Grund, die Aufrichtigkeit der Centralmächte oder ihren Willen, die gegebenen Versicherungen zu halten, in Frage zu ziehen, und ich bin persönlich der Ansicht, daß wir auch in der Zukunft keinen Grund haben werden, daran zu zweifeln.

Auf jeden Fall ist uns aber unsere Pflicht klar vorgezeichnet. Keine Nation, keine Gruppe von Nationen hat während eines Krieges ein Recht, die Prinzipien abzuändern oder unbeachtet zu lassen, auf die sich alle Nationen geeinigt, um die Schreden und Leiden des Krieges zu mildern, und wenn die unbestreitbaren Rechte amerikanischer Bürger durch solche Handlungsweise verletzt werden sollten, dann bin ich der Ansicht, daß kein Zweifel darüber bestehen sollte, was wir dann thun müßten.

Was mich betrifft, so kann ich nicht der Beschränkung der Rechte amerikanischer Bürger in irgend einer Hinsicht zustimmen. Es handelt sich um die Ehre und die Selbstachtung der Nation. Wir wünschen den Frieden und wir werden ihn um jeden Preis aufrecht erhalten, ausgenommen auf Kosten unserer Ehre. Unseren Bürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, daß wir in die

Stellungnahme wie folgt zu schließen: „Das Sie zwar die Verwerfung des Lansing'schen Vorschlags bedauern würden, unter dem alle Handelsschiffe der Alliierten unter der Bedingung entwaflnet werden sollen, daß Deutschland und seine Alliierten auf Handelsschiffe nicht feuern, wenn dieselben, nachdem sie angerufen worden, befehlen und keinen Befehl machen, zu entkommen, und daß die deutschen Kriegsschiffe nur das Recht der Durchsichtung und der Beschlagnahme ausüben und nicht versuchen sollen, gefaserte Schiffe zu zerstören, ohne für die Sicherheit der Passagiere und Besatzungen die gehörige Fürsorge getroffen zu haben. — Sie aber der Ansicht seien, daß wenn England und seine Alliierten diesen Vorschlag zurückweisen und darauf bestehen würden, ihre Handelsdampfer zu bewaffnen, sie unter dem Völkerrecht dazu vollkommen berechtigt sein würden.“

Ebenso, daß Sie geneigt waren, bewaffneten Schiffen, die Abfahrt aus unseren Häfen zu gestatten, daß Sie auch nicht der Ansicht bestimmten, wonach diese Regierung Schritte thun soll, um zu verhindern, daß amerikanische Bürger sich auf bewaffneten Kaufahrern einschiffen. Ferner, daß Sie es für Ihre Pflicht erachten werden, Deutschland zur strengsten Verantwortung zu ziehen, falls ein deutsches Kriegsschiff auf einen bewaffneten

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Deutschlands Nachgiebigkeit

Hat ihre Grenze erreicht, sagt die „Köln. Zeitung“.

Der Haag, 23. Februar. via London, 24. Februar. — Berliner Blätter veröffentlichten eine Depesche aus den Ver. Staaten in Bezug auf die Kritik des Vorkämpfers von Verstärkung in der amerikanischen Presse, daß er seine diplomatische Stellung mißbraucht und versucht habe die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Seine Stellung wird in der Depesche als erschüttert dargestellt. Die Köln. Zeitung hat zwei Leitartikel über den Gegenstand veröffentlicht, worin der Vorkämpfer vertheidigt wird. Die Angriffe auf ihn werden der Parteipolitik in den Ver. Staaten in die Schuhe geschoben. Das Blatt fährt dann fort: „Deutschland muß auf dem eingeschlagenen Pfade vorangehen, ohne sich um die Strömungen und Gegenströmungen der amerikanischen Politik zu kümmern. Es würde sonst schwindig werden und hinfällig.“ Sollte es England gelingen, die amerikanische Regierung zu beeinflussen, einen Protest einzulegen, werden wir es eher auf einen Bruch ankommen lassen, als nachzugeben. Das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Wir sind mit unserer Gebuld zu Ende, so weit Amerika im Betracht kommt.“

Stellungnahme wie folgt zu schließen: „Das Sie zwar die Verwerfung des Lansing'schen Vorschlags bedauern würden, unter dem alle Handelsschiffe der Alliierten unter der Bedingung entwaflnet werden sollen, daß Deutschland und seine Alliierten auf Handelsschiffe nicht feuern, wenn dieselben, nachdem sie angerufen worden, befehlen und keinen Befehl machen, zu entkommen, und daß die deutschen Kriegsschiffe nur das Recht der Durchsichtung und der Beschlagnahme ausüben und nicht versuchen sollen, gefaserte Schiffe zu zerstören, ohne für die Sicherheit der Passagiere und Besatzungen die gehörige Fürsorge getroffen zu haben. — Sie aber der Ansicht seien, daß wenn England und seine Alliierten diesen Vorschlag zurückweisen und darauf bestehen würden, ihre Handelsdampfer zu bewaffnen, sie unter dem Völkerrecht dazu vollkommen berechtigt sein würden.“

Ebenso, daß Sie geneigt waren, bewaffneten Schiffen, die Abfahrt aus unseren Häfen zu gestatten, daß Sie auch nicht der Ansicht bestimmten, wonach diese Regierung Schritte thun soll, um zu verhindern, daß amerikanische Bürger sich auf bewaffneten Kaufahrern einschiffen. Ferner, daß Sie es für Ihre Pflicht erachten werden, Deutschland zur strengsten Verantwortung zu ziehen, falls ein deutsches Kriegsschiff auf einen bewaffneten

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Deutschlands Nachgiebigkeit

Hat ihre Grenze erreicht, sagt die „Köln. Zeitung“.

Der Haag, 23. Februar. via London, 24. Februar. — Berliner Blätter veröffentlichten eine Depesche aus den Ver. Staaten in Bezug auf die Kritik des Vorkämpfers von Verstärkung in der amerikanischen Presse, daß er seine diplomatische Stellung mißbraucht und versucht habe die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Seine Stellung wird in der Depesche als erschüttert dargestellt. Die Köln. Zeitung hat zwei Leitartikel über den Gegenstand veröffentlicht, worin der Vorkämpfer vertheidigt wird. Die Angriffe auf ihn werden der Parteipolitik in den Ver. Staaten in die Schuhe geschoben. Das Blatt fährt dann fort: „Deutschland muß auf dem eingeschlagenen Pfade vorangehen, ohne sich um die Strömungen und Gegenströmungen der amerikanischen Politik zu kümmern. Es würde sonst schwindig werden und hinfällig.“ Sollte es England gelingen, die amerikanische Regierung zu beeinflussen, einen Protest einzulegen, werden wir es eher auf einen Bruch ankommen lassen, als nachzugeben. Das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Wir sind mit unserer Gebuld zu Ende, so weit Amerika im Betracht kommt.“

Stellungnahme wie folgt zu schließen: „Das Sie zwar die Verwerfung des Lansing'schen Vorschlags bedauern würden, unter dem alle Handelsschiffe der Alliierten unter der Bedingung entwaflnet werden sollen, daß Deutschland und seine Alliierten auf Handelsschiffe nicht feuern, wenn dieselben, nachdem sie angerufen worden, befehlen und keinen Befehl machen, zu entkommen, und daß die deutschen Kriegsschiffe nur das Recht der Durchsichtung und der Beschlagnahme ausüben und nicht versuchen sollen, gefaserte Schiffe zu zerstören, ohne für die Sicherheit der Passagiere und Besatzungen die gehörige Fürsorge getroffen zu haben. — Sie aber der Ansicht seien, daß wenn England und seine Alliierten diesen Vorschlag zurückweisen und darauf bestehen würden, ihre Handelsdampfer zu bewaffnen, sie unter dem Völkerrecht dazu vollkommen berechtigt sein würden.“

Ebenso, daß Sie geneigt waren, bewaffneten Schiffen, die Abfahrt aus unseren Häfen zu gestatten, daß Sie auch nicht der Ansicht bestimmten, wonach diese Regierung Schritte thun soll, um zu verhindern, daß amerikanische Bürger sich auf bewaffneten Kaufahrern einschiffen. Ferner, daß Sie es für Ihre Pflicht erachten werden, Deutschland zur strengsten Verantwortung zu ziehen, falls ein deutsches Kriegsschiff auf einen bewaffneten

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Deutschlands Nachgiebigkeit

Hat ihre Grenze erreicht, sagt die „Köln. Zeitung“.

Der Haag, 23. Februar. via London, 24. Februar. — Berliner Blätter veröffentlichten eine Depesche aus den Ver. Staaten in Bezug auf die Kritik des Vorkämpfers von Verstärkung in der amerikanischen Presse, daß er seine diplomatische Stellung mißbraucht und versucht habe die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Seine Stellung wird in der Depesche als erschüttert dargestellt. Die Köln. Zeitung hat zwei Leitartikel über den Gegenstand veröffentlicht, worin der Vorkämpfer vertheidigt wird. Die Angriffe auf ihn werden der Parteipolitik in den Ver. Staaten in die Schuhe geschoben. Das Blatt fährt dann fort: „Deutschland muß auf dem eingeschlagenen Pfade vorangehen, ohne sich um die Strömungen und Gegenströmungen der amerikanischen Politik zu kümmern. Es würde sonst schwindig werden und hinfällig.“ Sollte es England gelingen, die amerikanische Regierung zu beeinflussen, einen Protest einzulegen, werden wir es eher auf einen Bruch ankommen lassen, als nachzugeben. Das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Wir sind mit unserer Gebuld zu Ende, so weit Amerika im Betracht kommt.“

Stellungnahme wie folgt zu schließen: „Das Sie zwar die Verwerfung des Lansing'schen Vorschlags bedauern würden, unter dem alle Handelsschiffe der Alliierten unter der Bedingung entwaflnet werden sollen, daß Deutschland und seine Alliierten auf Handelsschiffe nicht feuern, wenn dieselben, nachdem sie angerufen worden, befehlen und keinen Befehl machen, zu entkommen, und daß die deutschen Kriegsschiffe nur das Recht der Durchsichtung und der Beschlagnahme ausüben und nicht versuchen sollen, gefaserte Schiffe zu zerstören, ohne für die Sicherheit der Passagiere und Besatzungen die gehörige Fürsorge getroffen zu haben. — Sie aber der Ansicht seien, daß wenn England und seine Alliierten diesen Vorschlag zurückweisen und darauf bestehen würden, ihre Handelsdampfer zu bewaffnen, sie unter dem Völkerrecht dazu vollkommen berechtigt sein würden.“